

DEVI

ISLAMISMUS  
*STRÖMUNGEN,  
ORGANISATIONEN,  
SYMBOLE*

EIN LEITFADEN FÜR LEHRKRÄFTE

Eine Handreichung für Demokratie und Vielfalt



# INHALTSVERZEICHNIS

FALLSTRICKE DER PRÄVENTIONSARBEIT .....	4
PROJEKTVORSTELLUNG .....	7
EINLEITUNG .....	8
SUNNITISCHER ISLAMISMUS .....	12
DER URSPRUNG: DIE MUSLIMBRUDERSCHAFT .....	13
ISLAMISMUS MIT BEZUG ZUR TÜRKEI .....	15
„HAMAS“ UND DER ISLAMISMUS MIT BEZUG ZU PALÄSTINA .....	20
„GENERATION ISLAM“, „MUSLIM INTERAKTIV“ UND CO.: DIE HIZB UT-TAHRIR UND IHRE TARNORGANISATIONEN .....	22
GESICHTER DES SALAFISMUS: VON PIERRE VOGEL BIS „HANNA HANSEN“ .....	24
SCHIITISCHER ISLAMISMUS .....	26
DER LANGE ARM DES IRANISCHEN REGIMES .....	26
HISBOLLAH – DIE „PARTEI GOTTES“ .....	28
ANHANG: UMGANG MIT ISLAMISMUS UND KONFRONTATIVER RELIGIONSBEKUNDUNG .....	29
IMPRESSUM .....	31

# FALLSTRICKE DER PRÄVENTIONSARBEIT

„Religionsverbundene Konflikte“, „konfrontative Religionsbekundung“, „Islamismus“ – in den fachpolitischen Diskussionen um Strategien bezüglich des Umgangs mit dem, was hinter all diesen Begriffen steckt, verzerren häufig bestimmte politische Vorannahmen die Wahrnehmung und Deutung dieser Phänomene.

Worum geht es? Als Verein sind wir bei Vorkommnissen in Schulen häufig mit beschwichtigenden Aussagen konfrontiert. So hören wir von Berater:innen von Trägern aus der Islamismusprävention oder auch einzelnen Lehrkräften nicht selten den Satz, dass es „nichts mit dem Islam“ oder „nichts mit der Religion zu tun habe“, wenn zum Beispiel ein Schüler einen anderen aufgrund einer religiösen Argumentation erniedrigt. Ein solcher Satz wird gerne mit großer Überzeugung vorgetragen – wird er aber dem Aspekt der religiösen Ideologisierung ausreichend gerecht?

Anhänger einer fundamentalistischen Auslegung des Islams sind dafür bekannt, den Topos einer vermeintlichen Unterdrückung aller Muslime zu nutzen und im Namen einer weltweiten muslimischen Gemeinschaft zu sprechen. Gesellen sich noch weitere Aussagen hinzu, die auf eine vermeintliche Diskriminierung von Religion in der Schule abheben, läuft man Gefahr, den mutmaßlichen Aggressor eines Vorfalls zum Opfer zu stilisieren. Eine effektive Prävention hat eine solche Opfererzählung unbedingt zu vermeiden, denn sonst werden die individuellen Rechte und Handlungsoptionen von Kindern und Jugendlichen in der Schule eingeschränkt.

Eine große Anzahl der hiesigen Angebote zur Islamismusprävention dockt indes indirekt an diese Opfererzählung an und begründet die Radikalisierung von Kindern und Jugendlichen hauptsächlich mit einer vorgelagerten rassistischen oder religionskritischen Diskriminierungserfahrung. Häufig taucht in den jeweiligen Konzepten der politisch aufgeladene Begriff des „antimuslimischen Rassismus“ auf. An dem Begriff gibt es gut begründete Kritik. Erstens stellt Religion im Gegensatz zu ethnischen Merkmalen keine unveränderliche „Rasse“ dar, weshalb der Begriff Rassismus für Islamfeindlichkeit begrifflich nicht zutreffend ist. Zweitens besteht die berechtigte Sorge, dass durch die Fokussierung auf diesen Begriff und dem dazugehörigen wissenschaftlichen Konzept berechtigte inhaltliche Kritik am Islam oder an einzelnen islamistischen Strömungen und Praktiken pauschal als rassistisch diffamiert wird.

Auf Grundlage des Begriffs „antimuslimischer Rassismus“ werden dann allgemeine pädagogische Maßnahmen und Handlungsempfehlungen abgeleitet, die für manche Lebenswelten jedoch gar nicht passend sind. Das gilt beispielsweise für Sozialräume, wo ultrakonservative oder extremistische religiöse Milieus die Mehrheit stellen und die Alltagskultur prägen. Die Handlungsempfehlungen der genannten Angebote sind hier

im besten Fall wirkungslos, wenn sie am Ende nicht gar zu Schlimmerem führen. Dieses Vorgehen wird der Forschungslage nicht gerecht, wo in der Regel bezüglich der Gründe und Motive für eine extremistische Radikalisierung von einem „mehrdimensionalen Phänomen“ gesprochen wird.

In einem Dossier der Hessischen Landeszentrale für politische Bildung wird das in einem Text mit dem Titel „Islamistische Radikalisierung – Herausforderungen und Faktoren“ verdeutlicht: „Einfache, z.B. soziale und politische Erklärungsansätze, die nur auf gesellschaftliche oder wirtschaftliche Benachteiligungen oder eine misslungene Integration von Menschen mit so genanntem Migrationshintergrund abstellen, greifen zu kurz. Das zeigen etwa Beispielfälle radikalisierten Konvertitinnen und Konvertiten ohne migrantischen oder muslimischen Background.“ Der Autor Dr. Bernd Zywiets benennt hier sogenannte Push- und Pull-Faktoren: „Erste[re] machen Menschen empfänglich für die islamistische Weltsicht und Beteiligungsoptionen bzw. begründen oder befördern die aktive Zuwendung zu diesen. Das kann die Erfahrung von persönlichen Krisen und daraus entstehende innere Nöte sein – Krisen in Familie (z.B. Trennung der Eltern), Schule, Ausbildung oder erster Liebesbeziehung, aber auch rassistische Anfeindung und das Erleben sozialer Ungleichbehandlung.“ Zweitere dagegen zögen in den Extremismus hinein: „Islamistische Deutungs- und Teilnehmungsangebote sowie Formen der Ansprache sind hier zu nennen.“

Wie kommt es aber nun, dass bei religionsbezogenen Konflikten Annahmen wie „Das hat nichts mit dem Islam zu tun“ oder „Das hat nichts mit Religion zu tun“ die Präventionsarbeit in den vergangenen Jahren so stark prägen konnten? Mitverantwortlich hierfür ist die Wiederbelebung des veralteten Konzepts der „akzeptierenden Jugendarbeit“, deren Fürsprecher den pädagogischen Umgang mit rechtsextremen Jugendlichen auf die Arbeit mit islamistisch orientierten Jugendlichen übertragen haben. So veröffentlichte ein Geschäftsführer eines großen Präventionsträgers noch im Jahr 2022 ein „Plädoyer für die akzeptierende Jugendarbeit zur Prävention und Begegnung von Rechts-Extremismus und Islamismus“.

Das sozialpädagogische Konzept der „akzeptierenden Jugendarbeit“ wurde ursprünglich für die Arbeit mit drogenabhängigen und obdachlosen Jugendlichen erdacht. Zuerst umgesetzt wurde es zu Beginn der achtziger Jahre in Bremen. Als Reaktion auf die Zunahme rechtsextremer Jugendcliquen in Ostdeutschland wurde es schließlich Anfang der neunziger Jahre auf die Arbeit mit diesen Jugendlichen übertragen. Über das „Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt“ wurde es 1991 durch das Bundesfamilienministerium bundesweit gefördert; in Ostdeutschland wurden in diesem Rahmen 120 Projekte realisiert.

Kern des Ansatzes war und ist bis heute die Trennung der Person von der Ideologie, womit der Inhalt der politischen Ideologie und die Auseinandersetzung mit ihr ausgeblendet werden. Erst die laute Kritik an den negativen Folgen dieses Konzepts, die unter dem Motto „Glatzenpflege auf Staatskosten“ treffend charakterisiert wurde, führte schließlich Ende der neunziger Jahre zur Abkehr von der „akzeptierenden Jugendarbeit“ und zur Einstellung der meisten Projekte. Deren Ergebnisse waren fatal: in Jugendzentren dominierten rechtsextreme Cliques, die Andersdenkende und Migrant:innen vertrieben, staatlich finanzierte Räume und Sozialarbeiter:innen stabilisierten rechtsextreme Szenen statt sie aufzubrechen, und die Betroffenen von rechtsextremer Gewalt wurden vernachlässigt, weil der Fokus einseitig auf den Tätern lag.

All das wäre Grund genug gewesen, das Konzept für die Prävention und Intervention von politischem Extremismus bei Kindern und Jugendlichen ein für allemal als gescheitert zu betrachten und es in der Schublade verschwinden zu lassen. Es überlebte aber im Dämmer Schlaf der Sozialarbeit in den 2000er Jahren und erfuhr unter Titeln wie „Von der akzeptierenden Jugendarbeit zu einer gerechtigkeitsorientierten Jugendarbeit“ eine Wiederbelebung – diesmal jedoch im Bereich der Islamismusprävention der 2010er Jahre. Ein wesentlicher Grund dafür lag darin, dass es in der Frühphase der Islamismusprävention kaum erprobte pädagogische Modelle zum Umgang damit gab. So konnten die Träger der „akzeptierenden Jugendarbeit mit rechtsextremen Jugendgruppen“ ihr neues Betätigungsfeld finden: die Islamismusprävention.

Für die Träger traf es sich gut, dass der öffentliche Diskurs zu dieser Zeit den Kampf gegen Diskriminierung, den Wunsch nach einer multikulturellen Gesellschaft und das Empowerment von Minderheiten in den Mittelpunkt des Interesses stellte – die Bürger:innen sollten fit für die Einwanderungsgesellschaft gemacht werden. Religionsverbundene Konflikte, konfrontative Religionsbekundungen und islamistische Haltungen in Schulen und Jugendeinrichtungen sollten nunmehr die Folge individueller Diskriminierungserfahrungen und struktureller Diskriminierung sein. Gemäß des Konzepts der „akzeptierenden Jugendarbeit“ wurde die Person von der Ideologie getrennt, die Verantwortung für die Radikalisierung auf die Mehrheitsgesellschaft übertragen und die Milieus der Einwander:innen damit aus selbiger Verantwortung entlassen. Von Ministerien und Verwaltungen in Bund, Ländern und Kommunen wurden die Türen zum Teil weit geöffnet, um solche Projekte und Träger aufzubauen und bis heute zu fördern.

Vergessen wurde dabei aber, dass eine vielfältige und tolerante Gesellschaft einen gemeinsamen grundrechtsbasierten Wertekanon auf der Grundlage des Grundgesetzes und damit verbundene Regeln benötigt. Diese müssen in den Bildungseinrichtungen und Kommunen vorgelebt und durchgesetzt werden.

Wir bei DEVI e.V. teilen die These, wonach es sich beim Islamismus um ein „mehrdimensionales Phänomen“ handelt, und machen sie zur Grundlage unserer Arbeit. Unser Anspruch ist es, alle vor Diskriminierung zu schützen – ohne eine Täter-Opfer-Umkehr zu betreiben. Der Opfererzählung muss durch eine verantwortungsbewusste, faktenbasierte und transparente gemeinsame Analyse entgegengewirkt werden.

Wir wollen Kindern und Jugendlichen helfen, sich in ihrer Familie, ihrem Umfeld und in der Schule zu behaupten, ohne andere zu belästigen und ohne in den Freiheitsraum der anderen einzugreifen. Wir verstehen unsere Arbeit als intervenierend, aber auch als präventiv im Interesse der Schüler:innen und des Schulfriedens. Unsere pädagogische Arbeit besteht darin, gemeinsam mit Schulen und Jugendeinrichtungen angemessene Präventions- und Interventionsmethoden zu entwickeln und ihnen dabei zu helfen, sich an den in Deutschland geltenden Grundrechten zu orientieren.

Michael Hammerbacher

### **Beratungs- und Fortbildungsstelle für weltanschauliche und religiöse Vielfalt (BeFo)**

Als Projekt des DEVI e.V. beraten und begleiten wir allgemeinbildende und berufliche Schulen in Berlin bei der Gestaltung von religiöser und weltanschaulicher Vielfalt und beim Umgang mit religionsbezogenen Konflikten, konfrontativer Religionsbekundung und Islamismus. Wir bieten hierzu Fortbildungen für Lehrer:innen und Schulsozialarbeiter:innen und Klassentage für Schulklassen an. Zusätzlich beraten und begleiten wir Schulen bei der Prävention und Lösung religionsbezogener Konfliktfälle. Außerdem bieten wir Veranstaltungen zu den Themen Vielfaltsgestaltung, Wertebildung und gesellschaftlicher Zusammenhalt an.

*Gefördert durch die Berliner Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie (SENBJF).*

# EINLEITUNG

An einer Neusser Gesamtschule versuchte vor drei Jahren eine kleine Gruppe muslimischer Schüler, islamistische Prinzipien in der Schüler:innenschaft durchzusetzen, darunter die Bedeckung der Mitschülerinnen und die Einführung der Geschlechtertrennung. Im März des vergangenen Jahres sind drei Jugendliche in Düsseldorf zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt worden, weil sie mit der Terrorgruppe „Islamischer Staat“ sympathisiert und Anschläge auf Kirchen, Synagogen und Polizeireviere vorbereitet hatten. Im Juni desselben Jahres ging ein homosexueller Lehrer an die Öffentlichkeit, weil er an der Berliner Carl-Bolle-Grundschule von muslimischen Schüler:innen mit queerfeindlichen und islamistisch motivierten Parolen gemobbt wurde. Diese ausgewählten medialen Schlaglichter der vergangenen Jahre zeigen, dass **Islamismus unter Jugendlichen ein Problem** ist.

Neue Studien bestätigen diese Wahrnehmung. Eine aktuelle Untersuchung der Autor:innen Prof. Dr. Margit Stein und Prof. Dr. Mehmet Kart hatte das Ziel zu verstehen, „wie pädagogische Fachkräfte religiös begründete Spannungen im Schulalltag erleben“ und nahm solche Konflikte im schulischen Kontext in Gänze in den Blick. Knapp 37 Prozent der Befragten gab darin an, im Schulalltag mit religiösen Praktiken von Schüler:innen konfrontiert zu sein, die sie als herausfordernd erleben. Dabei handelt es sich häufig um Situationen, in denen schulische Anforderungen mit individuellen Glaubenspraktiken in Spannung geraten. Genannt werden unter anderem religiös begründete Abwesenheiten vom Unterricht – etwa an **Feiertagen** –, die **Nichtteilnahme an Klassenfahrten** oder am **Schwimmunterricht** aus religiösen Gründen, Auswirkungen des religiösen **Fastens** auf Konzentrationsfähigkeit und Leistungsvermögen, Auseinandersetzungen im Zusammenhang mit **Gebetszeiten** und der Nutzung von **Gebetsräumen** sowie Fragen zur Kleidung. Von den 694 Befragten Lehrkräften und Schulsozialarbeiter:innen dieser Studie beobachteten 168 Befragte Konflikte zwischen den Religionen, 100 Konflikte um Religionsauslegung, 89 Fragen zur Gleichberechtigung verschiedener Religionen, 68 Konflikte innerhalb derselben Religion, 39 Missionierungsversuche. Die Ergebnisse bestätigen unsere Beobachtungen aus dem Arbeitsalltag und die Befunde von vorherigen Untersuchungen wie unserer „Bestandsaufnahme Konfrontative Religionsbekundungen in Neukölln“ aus dem Jahr 2021 und der 2024 von der Bildungswissenschaftlerin Dr. Diana Schieck vorgelegten Untersuchung „Religionsverbundene Konflikte im Berliner Schulalltag“. Die Autor:innen Prof. Dr. Margit Stein und Prof. Dr. Mehmet Kart ziehen zu Recht das Fazit, dass „religiös motivierte Konflikte und islamistische Einstellungen aus der Sicht vieler Fachkräfte eine reale und zum Teil zunehmende Herausforderung im schulischen Alltag darstellen“. Es gibt aber tiefgreifende Differenzen bezüglich des Umgangs damit. Diese liegen beim Wahrnehmen und Deuten solcher Vorfälle und den damit verbundenen Handlungen.

————→ **Diese Handreichung liefert eine Übersicht zu verschiedenen Strömungen und Akteur:innen des Islamismus, zum Verhältnis von Islamist:innen zur islamischen Religion und zu innerislamischen Konfliktlinien. Bei dieser Gelegenheit sei daran erinnert, dass ein bedeutender Teil der Muslim:innen Deutschlands nicht im Fokus der Analyse steht, da sie ihre Religiosität privat ausleben und keiner islamistischen Ideologie folgen.**

Der moderne Islamismus ist ein vergleichsweise junges Phänomen in der Geschichte und hat seinen Ursprung im **Ägypten** der **1920er Jahre**. Dort formierte sich die sogenannte **Muslimbruderschaft** als politische Bewegung, die gegen die aus Europa und den USA stammenden Ideen von bürgerlicher Nationalstaatlichkeit, Säkularismus und Individualität, aber auch gegen **Fremdbestimmung** durch die Kolonialherren mobil gemacht hatte. Ziel der Muslimbruderschaft war demgegenüber die Errichtung einer „islamischen Ordnung“: die Vereinigung der Gemeinschaft aller Muslime, der sogenannten **Umma**, unter einer islamischen Regierung, die aus dem Islam abgeleitete Rechts- und Gesetzesnormen zur Grundlage hat. Die Muslimbruderschaft gilt mit diesem Ansatz als **Mutterorganisation** und Pionierin islamistischer Strömungen weltweit und ist auch in Deutschland aktiv und wirksam.

Die Idee einer rigoros auf als islamisch verstandenen Werten beruhenden Gesellschaftsordnung eint die verschiedenen islamistischen Gruppierungen und Bewegungen, die in den vergangenen einhundert Jahren global entstanden sind. Dabei verfolgen Islamist:innen keine einheitliche Strategie und sind nicht selten untereinander verfeindet. Wir unterscheiden zwischen zwei islamistischen Strategien: zum einen den **dschihadistischen Islamismus**, der auf den gewaltsamen Umsturz zielt, und zum anderen den **legalistischen Islamismus**, der demgegenüber auf eine lautlose Unterwanderung politischer Institutionen setzt.

Der **Dschihadismus** sieht den bewaffneten Kampf („**Dschihad**“) als religiöse Pflicht an und leitet diesen aus den islamischen Lehren ab. Innerhalb des dschihadistischen Weltbilds gelten die westlichen Gesellschaften und die in ihnen verkörperten Werte als unislamisch und feindlich, was diesen Kampf legitimiert. Ausdruck für den Dschihadismus sind die verschiedenen islamistisch motivierten Anschläge wie etwa 2016 auf den Weihnachtsmarkt am Berliner Breitscheidplatz oder die vom sogenannten Islamischen Staat proklamierten Messerattacken auf Zivilist:innen. Trotz der Gefahr öffentlicher Anschläge und Nicht-Muslimen als Ziele darf nicht vergessen werden, dass unter der islamistischen Agitation und Gewalt jedoch zuallererst Menschen aus kulturell-islamischen Communities leiden, die ihr Leben nicht von rigorosen Dogmen bestimmen lassen wollen und als „Abweichler:innen“ den Hass der Islamist:innen auf sich ziehen.

Der **Legalismus** hingegen strebt in die Politik und Zivilgesellschaft, um dort Einfluss zu gewinnen und Gelder zu akquirieren. Dabei wird gezielt eine Doppelstrategie verfolgt: Nach außen gibt man sich dezidiert demokratisch und als nicht-extremistischer Ansprechpartner, um auf diese Weise Kontakte aufzubauen und die eigene Legitimität zu untermauern. Währenddessen werden für die eigene Gemeinde hinter verschlossenen Türen islamistische Inhalte aufbereitet. Beispielhaft hierfür sind einige in Deutschland aktive islamische Dachverbände.

Ziel beider Strömungen ist die Umgestaltung von Gesellschaft, Politik, Kultur und Staat nach als islamisch verstandenen Werten auf verschiedenen Wegen. Dabei setzt sich Islamismus aus verschiedenen **Ideologiefragmenten** zusammen:

der Abwertung von Frauen verbunden mit stereotypen Geschlechterrollen, Homophobie und Transfeindlichkeit,

Antisemitismus, teilweise verbunden mit Vernichtungsphantasien,

Autoritarismus, häufig verbunden mit Vorstellungen nach einem „Kalifat“,

und die Befürwortung vermeintlich göttlicher Gesetze, die über weltlichen Gesetze wie dem deutschen Grundgesetz stehen.

—————> **Ähnlich wie beim Rechtsextremismus ist festzuhalten, dass wir es in den Schulen und in der Jugendarbeit seltener mit Menschen zu tun haben die als Kader einzuordnen sind, die also in einschlägigen Organisationen führend tätig sind und die Ideologie zu einhundert Prozent verinnerlicht haben. In der Regel handelt es sich um Schüler:innen, die einzelne extreme Positionen übernommen haben und diese vertreten. Dies gibt damit in Schule und Jugendarbeit Raum für die Präventionsarbeit und für pädagogische Interventionen. Gefährlich wird es immer dann, wenn die Verbreitung dieser Ideologiebestandteile übersehen wird, wenn diese sich in der Alltagskultur in Klassenzimmern, Klassenchats und auf dem Schulhof ungehindert verankern können und sie beginnen, die Alltagskultur zu bestimmen.**

Die vergangenen einhundert Jahre haben gezeigt: der Islamismus ist wandelbar und passt seine Strategien den äußeren Umständen an. In jüngster Zeit lässt sich die islamistische Einflussnahme vermehrt in den **sozialen Netzwerken** beobachten. Plattformen wie der chinesische Kurzvideodienst **TikTok** erfreuen sich bei Jugendlichen enormer Beliebtheit und sind gleichzeitig Einfallstor für die ideologische Einflussnahme durch verschiedene islamistische Influencer:innen.

In einer Lebensphase wie der Pubertät, die von Unsicherheiten, der Suche nach Identität und möglicher Vereinzelung geprägt ist, können Ideologien wie der politische Islam ein neues Gemeinschaftsgefühl der Stärke und Zugehörigkeit erzeugen. Neben Beratung in alltäglichen Lebensfragen kommentieren islamistische **Influencer:innen** Nachrichten aus der globalen Politik, vor allem aus Krisenregionen mit internationaler Aufmerksamkeit. Meldungen aus dem Gaza-Krieg, aus Syrien oder aus dem Konflikt zwischen dem Iran und Israel versprechen Aufmerksamkeit und Reichweite. Diese Nachrichten werden in die islamistische Agenda eingebettet und zielen auf einen Propagandaeffekt und Mobilisierung. Dabei werden fast nie Lösungsvorschläge für die jeweiligen Krisenherde präsentiert, sondern die gesellschaftliche Polarisierung verschärft. Ziel der Indoktrinierung ist die **Spaltung** in eine vermeintlich in ihren Grundzügen rassistische deutsche Mehrheitsgesellschaft und eine von Ausgrenzung und Gewalt betroffene muslimische Minderheit, die ihre islamische Identität zurückgewinnen soll.

—————> **Dies kann der Einstieg in eine islamistische Erlebniswelt sein. Hier muss Präventionsarbeit gegen Islamismus in Schule und Jugendarbeit ansetzen. Diese Handreichung ist ein Beitrag für die Präventionsarbeit gegen diese demokratiefeindliche Ideologie und will Menschen in der Schule und Jugendarbeit darin stärken, grundrechtssicher zu argumentieren und zu handeln.**

## SUNNITISCHER ISLAMISMUS

Sunnit:innen machen die größte muslimische Bevölkerungsgruppe aus. Von den etwa 1,6 Milliarden Muslim:innen weltweit zählen sich je nach Schätzung **85–90%** zur sunnitischen Konfession, während sich der andere Teil der muslimischen Gemeinschaft hauptsächlich aus etwa 10–15% Schiit:innen zusammensetzt.

Diese Aufteilung hat ihren Ursprung bereits in der islamischen Frühzeit und bezieht sich auf die Frage der legitimen Nachfolge des Propheten **Mohammed**. Während Sunnit:innen den Weggefährten und Schwiegervater Mohammeds, Abu Bakr, als rechtmäßig betrachteten, versammelten sich Schiit:innen hinter Ali Ibn Talib, Mohammeds Cousin und Schwiegersohn. Heute bilden Schiit:innen lediglich im Irak, in Iran, Aserbaidshan und Bahrain die Bevölkerungsmehrheit, alle weiteren Länder der sogenannten islamischen Welt sind mehrheitlich sunnitisch.

Die Varietät islamistischer Gruppierungen ist innerhalb der sunnitischen Konfession ungleich höher, was sowohl mit dem ungleichen Bevölkerungsverhältnis als auch den Entwicklungen innerhalb der Konfessionen zu tun hat.

Der Grundstein islamistischer Organisationen liegt in den Erfahrungen des Aufstiegs und Falls des Osmanischen Reiches zum Ende des Ersten Weltkriegs. Der Niedergang dieses islamischen Herrschaftsbereichs, der sich über große Teile Afrikas, Asiens und Europas erstreckt hatte, wurde in der islamischen Welt als schwere **Kränkung** empfunden. Mit der Machtübernahme durch die europäischen Kolonialstaaten Frankreich und Großbritannien hielten auch die dort entwickelten modernen Ideen von Individualismus und Säkularismus Einzug in die Gesellschaften der islamischen Welt.

Dieser tiefen **Krise** versuchten religiöse Denker:innen auf verschiedene Weisen zu begegnen. Während einige den Ideen der westlichen Moderne positiv gegenüberstanden und versuchten, diese mit der islamischen Lehre in Einklang zu bringen, organisierten sich im selben Zuge politisch-religiöse Bewegungen, die die Missstände in der islamischen Welt mit der Korrumpierung durch westliche Einflüsse zu erklären suchten. Diese Bewegungen forderten die Rückbesinnung auf einen frühzeitlichen Islam, meist zu Lebzeiten des Propheten Mohammed selbst, um der Krise zu begegnen und den Islam zu neuer Stärke zu führen.

# DER URSPRUNG: DIE MUSLIMBRUDERSCHAFT

Die Muslimbruderschaft ist die älteste existierende islamistische Organisation. Sie wurde **1928** in **Ägypten** von **Hassan al-Banna** gegründet und gewann dort zeitweise mehrere hunderttausend Mitglieder. Bis heute betreibt sie Verbände, Institute und Schulen und ist streng hierarchisch organisiert: Jedes Mitglied legt einen Eid ab, der Organisation als „Soldat des Islam“ zu dienen. Im 20. Jahrhundert entstanden **Ableger** der Bruderschaft in fast allen arabischen Staaten, in Europa und den USA. Diese Gruppen sind organisatorisch teils unabhängig, berufen sich aber auf dasselbe politische Programm. In Ländern, in denen eine offene Zugehörigkeit zur Muslimbruderschaft mit staatlichen Verboten oder öffentlicher Kritik verbunden wäre, treten Anhänger:innen nicht offen auf. Stattdessen betonen sie soziale oder religiöse Aktivitäten und vermeiden den direkten Bezug zur Bruderschaft.

Während des „Arabischen Frühlings“ errangen die Muslimbrüder in Ägypten ein hohes Amt: 2012 wurde mit Mohammed Mursi erstmals ein Präsident aus ihren Reihen gewählt. Schon ein Jahr später verbot die Militärregierung die Organisation und stufte sie als Terrororganisation ein. Seitdem kann der sogenannte **Rabia-Gruß** (vier Finger mit eingeklapptem Daumen) als Solidaritätssymbol mit der Muslimbruderschaft gedeutet werden. Der Gruß wurde bei einer Sitzblockade der Muslimbrüder auf dem Kairoer Rabaa al-Adawiya-Platz gezeigt, die gewaltsam vom Militär aufgelöst wurde.



„Rabia-Gruß“

## Ideologische Grundlagen

Der Gründer der Muslimbruderschaft, Hassan al-Banna, erklärte den Niedergang des Osmanischen Reiches mit dem Einfluss westlicher Ideen und Lebensweisen. Diese hätten die „reine“ Religion korrumpiert. Seine Antwort darauf lautete: „Der Islam ist die Lösung“. **Al-Banna** forderte eine Rückkehr zu einer Gesellschaftsordnung, deren Gesetze sich an islamischen Schriften orientiert. Dieser Charakter spiegelt sich auch im Logo der ägyptischen Mutterorganisation wider. Auf grünem Grund –

der Farbe des Islam – kreuzen sich zwei Schwerter, die durch den Beginn eines Verses aus dem Koran mit Bezug zum „Dschihad“ die Militanz der Bruderschaft verdeutlichen. Darüber ist der Koran, die heilige Schrift im Islam, abgebildet.



Logo Muslimbruderschaft

Das Motto der Muslimbruderschaft lautet:

**„Gott ist unser Ziel, der Prophet ist unser Führer. Der Koran ist unsere Verfassung. Der Dschihad ist unser Weg. Der Tod für Gott ist unser Wunsch.“**

Dieser Slogan zeigt deutlich, dass die Bruderschaft die Bereiche Religion, Politik und Gesellschaft nicht voneinander trennt. Ihr Ziel ist eine islamische Ordnung, die mit demokratischen Grundprinzipien nicht vereinbar ist.

Die Muslimbruderschaft beschreibt ihre Ausrichtung selbst als einen **„Islam der Mitte“**.

Damit grenzt sie sich einerseits von offen fundamentalistischen Strömungen ab und andererseits von einem liberalen, westlich geprägten Islamverständnis. In ideologischer Hinsicht bewegt sie sich zwischen einem militanten salafistischen Dschihadismus und einem säkularen Islam. Auch dieser „Mittelweg“ orientiert sich am Scharia-Verständnis und steht im Widerspruch zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Zugleich bleibt die Bruderschaft einem ganzheitlichen Religionsverständnis verpflichtet, demzufolge der Islam alle Lebensbereiche bestimmen soll – von der persönlichen Lebensführung bis hin zur politischen und gesellschaftlichen Ordnung.

### Strategie in westlichen Ländern

Die Muslimbruderschaft wird dem Spektrum des **legalistischen Islamismus** zugeordnet, weil ihre Strategie in Europa und den USA vor allem auf politische Teilhabe und Islamisierung der jeweiligen Gesellschaften zielt. Nach außen hin werden soziale und religiöse Aktivitäten betont, die islamistische Agenda sowie die Zugehörigkeit zur Bruderschaft jedoch verschwiegen. Diese **Doppelstrategie** soll den langfristigen Einfluss sichern, ohne in Konflikt mit den Gesetzen der jeweiligen Länder zu geraten.

In Deutschland zählt der Verfassungsschutz 1.450 feste Anhänger:innen der Muslimbrüder; die „Deutsche Muslimische Gemeinschaft e.V.“ (DMG) gilt der Behörde als „wichtigste und zentrale Organisation der Muslimbruderschafts-Anhänger in Deutschland“, 350 Mitglieder rechnet sie allein der DMG zu.



Hassan al-Banna



Logo Deutsche Muslimische Gemeinschaft

### Jugend- und Bildungsangebote in Berlin

In Berlin wird die Arbeit der Muslimbruderschaft-nahen Szene besonders in Moscheen und Kulturzentren sichtbar. Diese Einrichtungen organisieren Nachhilfe- und Sprachkurse, Freizeit- und Ferienprogramme, Diskussionsrunden und interreligiöse Begegnungen. Nach außen hin treten sie als **Integrations- und Bildungsangebote** auf, werden jedoch dazu genutzt, das ideologische Weltbild der Bruderschaft zu vermitteln. Bis 2016 rechnete etwa der Verfassungsschutz das „Teiba Kulturzentrum zur Förderung der Bildung und Verständigung e.V.“ in Berlin-Spandau, die auch als „Neuköllner Begegnungsstätte e.V.“ bekannte Dar as-Salam Moschee, das „Interkulturelle Zentrum für Dialog und Bildung e.V.“ (IZDB) in Berlin-Wedding und das „Islamische Kultur- und Erziehungszentrum e.V.“ (IKEZ) in Berlin-Neukölln diesem Netzwerk zu.

→ Für Lehrkräfte ist deshalb wichtig: Jugendliche können über scheinbar harmlose Freizeit- und Bildungsprojekte in Kontakt mit der Organisation geraten.

# ISLAMISMUS MIT BEZUG ZUR TÜRKEI

Die Entwicklung des politischen Islam in der Türkei ist eng verbunden mit der Geschichte des Osmanischen Reichs. Nach dessen Zusammenbruch gründete **Mustafa Kemal Atatürk** 1923 die türkische Republik. Sein Ziel war ein moderner Nationalstaat nach europäischem Vorbild. Dafür setzte er auf Laizismus, also die strikte Trennung von Religion und Politik nach französischem Vorbild. Um religiöse Einflüsse zu kontrollieren, gründete Atatürk die staatliche Religionsbehörde **Diyanet**, die islamische Institutionen in den Dienst der Republik stellte. Bis heute ist die Diyanet eine zentrale Schnittstelle von Politik und Religion in der Türkei – und zugleich ein Beispiel dafür, wie Religion politisch reguliert und funktionalisiert werden kann.



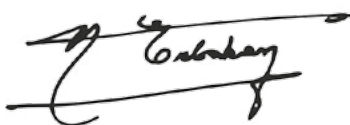
Mustafa Kemal Atatürk

Die unter dem Begriff **Kemalismus** gebündelte Ideologie Atatürks wurde zum Programm seiner **Republikanischen Volkspartei (CHP)**, die bis heute existiert. Nationalismus, Republikanismus, Laizismus und staatlicher Etatismus sollten die Türkei modernisieren und westlich ausrichten. Der Islam galt den Kemalisten damals wie heute als rückständiger Einfluss auf Politik und Gesellschaft, den es zu begrenzen gilt.

Die islamische Religion spielte zwar stets eine gewisse Rolle im Parteienspektrum rechts der Mitte, war jedoch keinem Programm vorgeordnet, sondern stets lediglich ein Baustein von vielen. Auch heute beziehen sich rechte Parteien in der Türkei sowohl auf einen völkischen Begriff des „Türkentums“ als auch auf eine islamische Identität gleichermaßen, während die Nuancierung innerhalb dieser sogenannten **türkisch-islamischen Synthese** für allerlei Zerwürfnisse und Parteispaltungen gesorgt hat.

## Erbakan und Millî Görüş

Ein Wendepunkt war das Auftreten **Necmettin Erbakans** in den 1970er Jahren. Er entwarf eine auf den Islam gegründete Gesellschaftsvision, die er „gerechte Ordnung“ („adil düzen“) nannte. Sein Ziel war eine Neuordnung von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft auf Basis des Korans. Erbakan verstand die Türkei als Ausgangspunkt einer künftigen islamistischen Weltordnung. Seine Agenda war geprägt von antiliberalen, antisemitischen, antifeministischen und homophoben Positionen. Erbakan propagierte einen von westlichen Einflüssen gesäuberten „reinen Islam“ und griff dafür auch auf Theoretiker der ägyptischen Muslimbruderschaft zurück.



Unterschrift von  
Necmettin Erbakan

Ähnlich wie die Muslimbruderschaft interpretierte Erbakan den Untergang des osmanischen Kalifats und der islamischen Vorherrschaft mit westlicher Korruption und einer antisemitischen Verschwörung, derzufolge der Erste Weltkrieg ein jüdisches Geheimprojekt gewesen sei, um das Osmanische Reich zu zerschlagen. Die von ihm gegründeten Parteien fanden vor allem bei der konservativen Landbevölkerung Rückhalt.



Logo Islamische Gemeinschaft Millî Görüş e.V.

Erbakan gründete nicht nur islamistische Parteien in der Türkei, sondern auch die Bewegung Millî Görüş („Nationale Sicht“). Schon in den 1970er Jahren entstanden Ableger von ihr in Deutschland. Heute firmieren sie als **„Islamische Gemeinschaft Millî Görüş“** (IGMG) mit Sitz in Köln. Eigenen Angaben zufolge unterhält die IGMG in Deutschland über 300 Moscheen, darunter mehrere in Berlin. Das Logo der IGMG zielt Europa auf grünem Grund, das von einem Halbmond – ebenso wie die grüne Farbe ein Zeichen des Islams – den Kontinent umschließt. Die Anhänger von Millî Görüş nutzen den **„Tauhid-Gruß“** – den in Luft gehobenen rechten Zeigefinger – und die Flagge des Osmanischen Reiches: drei weiße Halbmonde auf grünem Grund, die die Herrschaft über die Kontinente Asien, Afrika und Europa symbolisieren. Auf Autos der Anhängerschaft finden sich die Unterschrift des Gründers Necmettin Erbakan sowie die **Zahlenkombination 1453**, womit auf die Eroberung Konstantinopels und damit Europas Bezug genommen wird. Letzteres auch in Kombination mit verschiedenen Herrschaftssiegeln von osmanischen Sultanen, sogenannten Tughras. Offiziell betont die IGMG heute Integrationsbereitschaft, dennoch versteht sie der Verfassungsschutz als legalistisch-islamistische Organisation.



Recep Tayyip Erdoğan

### **Erdogan, AKP und die DİTİB**

Zu den politischen Schülern und engen Parteigenossen Necmettin Erbakans gehört auch der heutige türkische Staatspräsident **Recep Tayyip Erdoğan**. In den 1980er Jahren war er Vorstandsmitglied der „Wohlfahrtspartei“ (Refah Partisi), deren Vorsitzender auch Erbakan war. Erbakans strikte Forderung nach einer islamischen Gesellschaftsordnung stieß bei den kemalistischen Eliten in Politik und Militär auf heftige Ablehnung und führte schließlich zum Verbot der Partei. Erdoğan trennte sich daraufhin – weniger aus inhaltlichen Gründen als aus strategischen Erwägungen – von seinem Mentor und gründete 2001 die **„Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung“** (AKP). Sie wurde zunächst als reformistisch-islamisch beschrieben.

Mit dieser Positionierung erzielte die AKP große Wahlerfolge. Anfangs setzte sie tatsächlich einen reformorientierten und an der Europäischen Union orientierten



Logo Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung (AKP)



Logo Diyanet



Logo DiTİB

Kurs durch, der sich bewusst gegen die Erbakan-nahen Kräfte innerhalb der Partei richtete. Spätestens mit der gewaltsamen Zerschlagung der Istanbul-Gezi-Park-Proteste 2013, dem gescheiterten Putschversuch von Teilen des Militärs 2016 und dem Verfassungsreferendum 2017, das Erdoğan's Macht festigte, wandelte sich dieser Kurs jedoch zu einer zunehmend autoritären Politik.

Seitdem setzen Erdoğan und die AKP verstärkt auf eine islamistische Rhetorik. Ein unmissverständliches Signal setzte Erdoğan etwa bei seinem Staatsbesuch 2018 in Berlin, als er seinen Anhänger:innen den „**Rabia-Gruß**“ zeigte. Politisch wurde dieser Kurs u. a. durch folgende Maßnahmen unterstützt: der verpflichtende islamische Religionsunterricht, die Aufhebung des Kopftuchverbots an Universitäten und ein Gesetz, das vorsieht, jeder Universität eine Moschee anzugliedern. Zudem gab es Versuche, das Heiratsalter für Mädchen auf neun Jahre zu senken – was aufgrund großer Proteste nicht umgesetzt wurde.

Innenpolitisch sind die Gefängnisse des Landes heute voller pro-kurdischer und kemalistischer Oppositioneller. Außenpolitisch verfolgt die Türkei unter Erdoğan eine expansive Agenda, etwa durch militärische Eingriffe in Syrien und Libyen, die von Kritiker:innen als neo-osmanisch beschrieben werden.

Eine Schlüsselrolle spielt hierbei die von Atatürk gegründete staatliche Religionsbehörde Diyanet – und ihr deutscher Ableger **DiTİB**. Die „Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion“ betreibt rund 900 Moscheevereine in Deutschland, einige davon in Berlin, und erreicht damit eine Anhängerschaft von etwa 800.000 Personen. Die in Deutschland tätigen Imame sind türkische Staatsbeamte, deren Predigten zentral aus Ankara vorgegeben werden. Dass DiTİB-Geistliche in **Spionagetätigkeiten** für Erdoğan verwickelt waren oder in Moscheen für türkische Militäroperationen gegen Kurd:innen beteten, verdeutlicht diese enge Bindung an die türkische Regierungspolitik.

Die 2023 veröffentlichte **Studie** „Die DiTİB in Deutschland“ des American Jewish Committee in Berlin attestiert

der Organisation eine Feindschaft gegen ethnische und religiöse Minderheiten wie Jüd:innen, Kurd:innen, Alevit:innen und Armenier:innen sowie gegenüber LGBTQ-Rechten, stereotype Geschlechterbilder und die Synthese aus türkisch-nationalistischen und islamistischen Ideologiefragmenten.

### Die Grauen Wölfe

Neben islamistischen Strömungen spielt die rechtsextrem-nationalistische Bewegung der Grauen Wölfe („Bozkurtlar“) eine zentrale Rolle. Ihre Anhänger:innen bezeichnen sich selbst als „Idealisten“ („Ülkücüler“). Die Bewegung verbindet einen völkischen, auf Blutsabstammung gegründeten Nationalismus mit islamischen Bezügen. Je nach Untergruppe wird Religion dabei unterschiedlich stark betont, bleibt aber immer Teil der sogenannten türkisch-islamischen Synthese. Ihre Symbolfigur ist der **Wolf**, ihr Gruß – die zur Schnauze geformte Hand – ein Erkennungssignal weltweit. Ursprünglich wurden mit dem Begriff „Graue Wölfe“ paramilitärische Gruppen in der Türkei bezeichnet, die dort – aber auch in Deutschland – zahlreiche Morde an politischen Gegner:innen ausgeführt haben, darunter Journalist:innen, Linke und Angehörige ethnischer oder religiöser Gruppen.



### Mythos und Symbolik

Die Bewegung bezieht sich auf die Ergenekon-Legende: Nach einer Niederlage ziehen sich die „Ur-Türken“ in ein Tal zurück, wo sie Jahrhunderte überleben, bis ein Wolf namens Asena sie hinausführt. Diese Geschichte dient als Gründungsmythos für Stärke, Opferbereitschaft und den Führungsanspruch „der Türken“ über andere Völker.

Ihre Symbolik ist stark aufgeladen und im Alltag sichtbar:

- der **Wolfsgruß** – Finger werden zur Wolfsschnauze geformt, ein internationales Erkennungszeichen der Bewegung,
- **drei Halbmonde** – Symbol der Herrschaft über Asien, Afrika und Europa, zu sehen im Logo der Partei MHP,
- die Zahl **1453** – Verweis auf die osmanische Eroberung Konstantinopels, oft auf Autos oder Kleidung,
- die Kombination mit dem „**Tauhid**“-Finger, die die Nähe zu islamistischen Strömungen sichtbar macht.

### Ideologie und Gewaltgeschichte

Die Grauen Wölfe stehen für einen pan-turkistischen Anspruch: die Vereinigung aller Turkvölker in einem großtürkischen Reich. Ihr Nationalismus ist dezidiert völkisch und exkludierend. Historisch war die Bewegung in der Türkei und in Europa an paramilitärischer Gewalt gegen Kurd:innen, Alevit:innen, Christ:innen, Jüd:innen, Linke und Journalist:innen beteiligt.

## Parteien und Organisationen

Im politischen Spektrum ist die Graue Wölfe-Bewegung derzeit durch mehrere Parteien vertreten, geht aber auf die extrem rechte „Partei der nationalistischen Bewegung“ (**MHP**) zurück, die aktuell im Parlament als Juniorpartner mit Erdogans AKP die Türkei regiert. Ihr Gründer Alparslan Türkeş war ein Verehrer Adolf Hitlers und wurde innerhalb von Partei und Bewegung mit dem Titel „başbuğ“ (Führer) angesprochen. Das Logo der Partei zeigt eine Adaption der osmanischen Flagge, drei Halbmonde auf rotem statt auf grünem Grund, und symbolisiert die Herrschaft über die Kontinente Asien, Afrika und Europa.

MHP-nahe Organisationen sind mittlerweile in ganz Europa aktiv, ihr Schwerpunkt außerhalb der Türkei liegt in Deutschland, wo die „Föderation der Türkisch-Demokratischen Idealistenvereine in Deutschland“ (**ADÜTDF**) den größten Ableger bildet. Mit über 150 Gemeindezentren und Moscheen stellt die ADÜTDF die größte Organisation der Grauen Wölfe in Deutschland dar, die auch in Berlin vertreten ist.

Die zu geringe Betonung islamischer Elemente sorgte Anfang der 1990er Jahre dafür, dass sich eine Gruppe aus der MHP abspaltete und die islamistische „Große Einheitspartei“ (**BBP**) gründete, die gleichermaßen zum Spektrum der Grauen Wölfe gezählt wird und in der türkisch-islamischen Synthese religiöse Aspekte mehr gewichtet. Auch die BBP kann auf parteinahe Strukturen in Deutschland zurückgreifen: der „Verband der Türkischen Kulturvereine in Europa“ (**ATB**) betreibt bundesweit etwa zwanzig Zentren. In BBP und ATB finden sich sowohl die Zeichen des Wolfsgrußes wie des Tauhid-Fingers als auch die drei Halbmonde, oftmals auf grünem Grund.

In Deutschland gilt ein dritter Verband zur Graue Wölfe-Bewegung, der aber nicht direkt einer türkischen Partei zugerechnet wird: die „Union der Türkisch-Islamischen Kulturvereine in Europa“ (**ATİB**). Auch die ATİB entstand als Spaltprodukt der ADÜTDF, betont religiöse Elemente weitaus mehr und reagierte damit Anfang der 1990er Jahre auf eine Abwanderung von Mitgliedern zu islamistischen Organisationen.

Insgesamt beziehen sich all diese Vereine und Parteien jedoch auf die gleichen Ideologiefragmente, nutzen ähnliche Symboliken und stehen sich nicht feindselig gegenüber. Im Gegenteil kann man in den vergangenen Jahren ein Zusammenrücken der islamistischen und nationalistischen Fraktionen beobachten, was sich auch in der aktuellen Regierungskoalition in der Türkei widerspiegelt.



Logo ADÜTDF



Logo ATB



Logo ATİB

# „HAMAS“ UND DER ISLAMISMUS MIT BEZUG ZU PALÄSTINA



Logo Hamas



Logo PIJ



Plakat Demonstration  
Vereinigtes Palästinensisches Nationalkomitee

Durch das terroristische Massaker der Hamas, des „Islamischen Dschihad in Palästina“ (PIJ) und ihrer Verbündeten am **7. Oktober 2023** und den darauffolgenden Krieg im Gaza-Streifen ist die internationale Aufmerksamkeit seit über zwei Jahren ununterbrochen auf den palästinensisch-israelischen Konflikt („Nahostkonflikt“) gerichtet. Während die katastrophale humanitäre Lage in Gaza ein berechtigtes Interesse erregt, versuchen Islamist:innen der Hamas und des PIJ diese Aufmerksamkeit für ihre Agenda zu nutzen, indem sie zusätzlich zu ihren Kampfhandlungen einen **Medienkrieg** führen. In diesem versuchen sie sich für ein westliches Publikum als Widerstandsorganisationen aller Palästinenser:innen zu inszenieren.

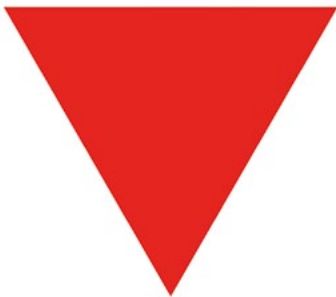
Der mit der Hamas konkurrierende **PIJ** wurde formell 1981 von zwei Palästinensern aus Gaza gegründet, die in Ägypten lebten und in der Muslimbruderschaft aktiv waren. Die Bruderschaft erschien ihnen zu dieser Phase zu gemäßigt gegenüber Israel. Das erklärte Ziel der Gruppe war die Vernichtung Israels und die Deklaration eines islamischen Staats in ganz Palästina. Der heilige Krieg gegen den jüdischen Staat war damit legitimiert und der PIJ verübte Bomben- und Selbstmordanschläge in Linienbussen, Restaurants und Einkaufszentren in Israel, außerdem beschoss er den jüdischen Staat mit Raketen. Ideologisch beeinflusst durch die sogenannte Islamische Revolution in Iran 1979 wurden nach der Verbannung der Organisationsführung in den Libanon enge Kontakte zur schiitischen Hisbollah und den iranischen Revolutionsgarden aufgebaut.

Die **Hamas** („Islamische Widerstandsbewegung“) geht ebenfalls auf die Aktivitäten der Muslimbruderschaft in Britisch-Palästina zurück und gilt heute als ihr offizieller Ableger im Gaza-Streifen. Der palästinensische Geistliche Ahmad Yasin bemühte sich bereits in den 1960er Jahren, die Aktivitäten der Bruderschaft in Gaza auszuweiten. Vorerst sollten Zentren und Moscheen gebaut werden und karitative Tätigkeiten im Vordergrund stehen. Aus diesem Netzwerk entstand die Hamas, die besonders während einer Reihe von Anschlägen auf

israelische Ziele („1. Intifada“) im Jahr 1987 Aufmerksamkeit erhielt und ein Jahr später ihr Grundsatzpapier veröffentlichte.

Darin wird sich auf den Kampf gegen und die Vernichtung von Israel eingeschworen, ein islamischer Staat in ganz Palästina gefordert und zum **Mord an Jüd:innen** aufgerufen. Ein Programm, das die Organisation auch in die Tat umsetzt: regelmäßig beschießt die Hamas Israel mit Raketen und führt Anschläge gegen Zivilist:innen durch, die zuletzt im Massaker vom 7. Oktober 2023 gipfelten.

Das Bundesinnenministerium hat die Hamas Ende 2023 mit einem **Betätigungsverbot** belegt. Auch nach ihrem Verbot organisieren ihre Mitglieder dem Berliner Verfassungsschutz zufolge Demonstrationen in der Hauptstadt. Unter der Dachbezeichnung **„Vereinigtes Palästinensisches Nationalkomitee“** treten sie dort als Redner:innen auf und kooperieren mit Mitgliedern säkularer palästinensischer Terrororganisationen und linker antiimperialistischer Gruppen. Derzeit läuft in Berlin ein Gerichtsprozess gegen vier Angeklagte, denen vorgeworfen wird, als Auslandsoperateure der Hamas verschiedene Waffendepots in Europa angelegt zu haben. Das Bundesinnenministerium hat im Zuge des Betätigungsverbots ebenfalls die Parole **„From the river to the sea“** verboten – bislang gibt es jedoch keine einheitliche Rechtssprechung bezüglich der Strafbarkeit. Sympathisant:innen der Hamas sind unter anderem daran erkennbar, dass sie politische Gegner mit roten Dreiecken markieren. Das Tragen einer **Kufiya** („Palästinensertuch“) kann ein Hinweis auf die Sympathie mit palästinensischen Terrororganisationen sein, ist bislang aber nicht strafbar.



Rotes Dreieck



Palästinensertuch

# „GENERATION ISLAM“, „MUSLIM INTERAKTIV“ UND CO.: DIE HIZB UT-TAHRIR UND IHRE TARNORGANISATIONEN



Logo HuT

Kaum eine andere global agierende islamistische Organisation ist so wandlungsfähig wie die „**Hizb ut-Tahrir**“ („Partei der Befreiung“, HuT). Sie wurde 1953 im von Jordanien kontrollierten Ost-Jerusalem von einem ehemaligen Muslimbruder gegründet und will durch die Vereinigung der „Umma“ („Gemeinschaft aller Muslime“) auf Grundlage der islamischen Rechtsprechung („Scharia“) ein weltweites **Kalifat** gründen.

Als panislamistische Organisation lehnt sie die Idee verschiedener Nationalstaaten und damit alle weltlichen Regierungen und Gesetze ab.

Seit 2003 ist die HuT in Deutschland mit einem **Betätigungsverbot** belegt, weil sie Gewaltanwendung als Mittel zur Durchsetzung politischer Belange befürwortet. Ihre Anhänger:innen haben sich jedoch bis zum vergangenen Jahr in Tarnorganisationen neu organisiert. So attestierte der Verfassungsschutz den Gruppen „Botschaft des Islam“, „Realität Islam“, „Generation Islam“ und „Muslim Interaktiv“ eine ideologische Nähe zur HuT. Im November 2025 hat das Bundesinnenministerium schließlich die Vereinigung „**Muslim Interaktiv**“ verboten. Die Vereinigungen „Realität Islam“ und „Generation Islam“ kamen vermutlich einem Verbot zuvor: Sie hatten im Laufe des Jahres 2025 ihre Gruppennamen aufgelöst und diese durch personalisierte Social Media-Kanäle ersetzt. „Realität Islam“ läuft nun unter anderem unter dem Namen „**Suhaib Hoffmann**“ und „Generation Islam“ unter dem Namen „**Ahmad Tamim**“ weiter – beide waren jeweils führende Sprecher ihrer Gruppen.

Mit Hilfe sozialer Medien wie Youtube, Instagram und Tiktok sowie einer auf ersten Blick nicht zu erkennenden islamistischen Rhetorik haben sich die verschiedenen Tarnorganisationen in den vergangenen Jahren eine **sehr hohe Reichweite** im Internet aufgebaut. Dort besprechen sie vornehmlich alltagspolitische Themen. Die Inhalte sind professionell produziert, das Auftreten der jeweiligen Akteure ist eloquent und ansprechend in Szene gesetzt.



Logo Realität Islam



Logo Muslim Interaktiv

Die Berichterstattung dieser Organisationen über gesellschaftlich relevante Themen ist fast ausschließlich negativer Natur. Es geht um **Muslimfeindlichkeit** in Deutschland und globale Ungerechtigkeiten, die den Zuschauer:innen muslimischen Glaubens aus dem Herzen sprechen sollen. Gefühle wie Wut, Angst oder Ohnmacht werden nicht aufgegriffen, um auf konstruktive Weise bearbeitet zu werden, sondern es wird eine bestehende **Spaltung** zwischen der deutschen Mehrheitsgesellschaft und der „unterdrückten“ muslimischen Minderheit betont und verschärft. Muslimische Jugendliche sollen damit an ihre vermeintlich islamische Identität erinnert werden, die in der Propaganda der Organisationen als mit der deutschen Gesellschaft inkompatibel und dauerhaft bedroht dargestellt wird.

Seit einigen Jahren organisieren die Gruppen auch Demonstrationen in deutschen Großstädten. Dort tritt die islamistische Agenda deutlicher zu Tage, etwa in dem Motto „Kalifat ist die Lösung“ oder durch die Trennung der Teilnehmer:innen nach Geschlecht. Ein besonderes Augenmerk der Organisationen liegt auf dem aktuellen Krieg in Gaza: Mit dem Sprechchor „Die Umma ruft die Armee von Ägypten“ riefen im Juli 2025 die Teilnehmer:innen einer Kundgebung in Berlin dazu auf, Ägypten möge einen Militärschlag gegen Israel ausführen.

—→ Für Lehrkräfte ist deshalb wichtig: Obwohl die Gruppen nicht dezidiert zur Anwendung von Gewalt aufrufen, darf nicht unterschätzt werden, dass die von den Tarngruppen produzierte Propaganda als ein Katalysator zur Radikalisierung von vor allem muslimischen Jugendlichen funktioniert.

## GESICHTER DES SALAFISMUS: VON PIERRE VOGEL BIS „HANNA HANSEN“

Salafismus ist ein Sammelbegriff für Islamist:innen, der sich vom arabischen „Salafiyya“ ableitet, was in dem Ausdruck „salaf as-salih“ etwa „die frommen Altvorderen“ bedeutet. Salafist:innen beziehen sich auf ein vermeintlich „**goldenes Zeitalter**“ islamischer Stärke und orientieren ihr Leben und ihre politische Vorstellung an dieser islamischen Frühzeit. Die moderne Welt und die westlichen Demokratien werden in dieser Strömung folgerichtig als durchweg feindlich betrachtet.

Die heiligen Schriften und Gebote sollen keiner Interpretation oder Modernisierung angepasst werden, sondern sind in dieser Vorstellung überhistorisch und **wortwörtlich** zu verstehen. Das tritt auch im Erscheinungsbild zu Tage. Während salafistische Männer in knöchellangem Gewand und Vollbart (zumeist ohne die Bartpartie über der Oberlippe) auftreten, tragen Frauen zumeist strenge Formen der islamischen Verschleierung, in denen entweder nur das Gesicht, nur die Augenpartie oder gar kein Körperteil zu erkennen ist.

Weil es sich bei den salafistischen Gruppierungen und Moscheen um keinen zentralistisch organisierten Verband sondern um eher **lose Netzwerke** handelt, gibt es kein einheitliches Verhältnis zur Gewaltanwendung als politischem Mittel. Während einige Prediger dem Legalismus zugerechnet werden, sind in der Vergangenheit immer wieder salafistische Moscheen und Organisationen wegen **Terrorunterstützung** verboten worden. So etwa die Gruppe „Die Wahre Religion“, die durch Koran-Verteilungen in Innenstädten aufgefallen war und für die Terrororganisation „Islamischer Staat“ rekrutiert haben soll, die Hilfsorganisation „Ansaar International e.V.“, die die palästinensische Hamas finanziert hat, oder auch die „Fussilet 33-Moschee“ in Berlin, die der Attentäter vom Berliner Breitscheidplatz besuchte.



Pierre Vogel

Neben den lokalen Moscheevereinen sind die salafistischen Prediger vor allem in den **sozialen Netzwerken** aktiv und versuchen dort, Menschen für ihre Auslegung des Islam zu missionieren, religiöse Fragen zu beantworten und sich dabei dezidiert von gemäßigten Muslim:innen abzugrenzen, die in der Sprache des Salafismus als „Takfir“ (Apostat:innen) bezeichnet werden. Dabei genießen die Prediger teilweise eine enorme Reichweite.

Aktuelle Größen in der salafistischen Szene sind etwa der langjährig aktive deutsche Konvertit und ehemalige Boxer **Pierre Vogel**. Unter seinem Pseudonym „Abu Hamza“ ruft er zur Missionierung auf, er nimmt eine manichäische Unterteilung der Welt in gut (islamisch) und böse (unislamisch) vor und hat ein ambivalentes Verhältnis zur Terrororganisation „Islamischer Staat“.



Ahmad Armih aka Abul Baraa

Eine weitere Schlüsselfigur in der Szene mit enormer Online-Reichweite ist Ahmad Armih, besser bekannt unter dem Namen „**Abul Baraa**“. Besonders nach der Schließung seiner As-Sahaba-Moschee in Berlin 2019 verlagerte der Prediger seine Aktivitäten ins Internet und erzählt seiner Anhängerschaft vom Höllenfeuer und von der klaren Trennung zwischen Gläubigen und Ungläubigen.



Ibrahim El Azzazi

In Süddeutschland war bis vor Kurzem der Münchener **Ibrahim El Azzazi** aktiv und betrieb Kanäle auf verschiedenen Plattformen, wo er alltägliche religiöse Fragen beantwortete. El Azzazi befürwortet Körperstrafen der Scharia und ist verurteilt worden, weil er seine Frau geschlagen und gewürgt hat. Er bezeichnete Jesid:innen als Teufelsanbeter und wird derzeit per Haftbefehl gesucht.



Hanna Hansen, Sven Lau

Auch für Frauen gibt es dezidiert salafistische Influencerinnen. Eine von ihnen ist die deutsche Konvertitin Viktoria Stadtlander, die unter dem Pseudonym „**Hanna Hansen**“ gezielt junge Frauen anspricht und zur Konversion bewegen will. Sie ist international mit salafistischen Akteur:innen vernetzt und seit August 2025 mit dem salafistischen Konvertiten **Sven Lau** verheiratet. Lau war wiederum 2014 Initiator einer „Scharia Polizei“ genannten Stadtpatrouille in Wuppertal und saß mehrere Jahre in Haft wegen der Unterstützung einer islamistischen Miliz.

## SCHIITISCHER ISLAMISMUS

Schiit:innen machen mit etwa **10–15% der Gesamtheit aller Muslim:innen** einen geringen Teil aus. In der Denktradition des größten Stroms innerhalb des Schiitentums, der sogenannten Zwölfer-Schia, wird von **zwölf Imamen** ausgegangen, die politisch herrschen und unfehlbar seien. Dabei ist der letzte von ihnen, Imam Mahdi, entrückt und kehrt am Tag des Jüngsten Gerichts wie ein Messias auf die Erde zurück, um Gerechtigkeit zu bringen. Ihm gilt Loyalität. Hieraus ist abzuleiten, dass außer den Imamen keine religiös legitimierten Herrscher politische Autorität ausüben dürfen. Schiitische Geistliche vertraten diese Position lange Zeit und haben sich dem politischen Geschehen ferngehalten. Es war der schiitische Rechtsgelehrte **Ruhollah Chomeini** (1902–1989), der mit diesem Ansatz brach und die Idee eines schiitisch legitimierten Gottesstaats skizzierte. Weil nach wie vor Imam Mahdi die höchste Autorität darstelle, dürften die geistlichen und gleichermaßen politischen Herrscher im schiitischen Gottesstaat lediglich als Stellvertreter desselben agieren. Daher heißt das von Chomeini entwickelte Herrschaftsprinzip **„Statthalterschaft der Rechtsgelehrten“**, die das Fundament des heutigen iranischen Regimes bildet. Auf Chomeinis Herrschaftskonzept berufen sich mittlerweile schiitische Gruppierungen im Nahen Osten und darüber hinaus, was nahezu immer mit einer politisch-religiösen Loyalität gegenüber dem iranischen Regime einhergeht, das sich selbst als Schutzmacht aller Schiit:innen weltweit versteht.

## DER LANGE ARM DES IRANISCHEN REGIMES



Logo IGS

Um den damaligen Monarchen im Iran zu stürzen, haben sich in den 1970er Jahren linke und islamistische Kräfte in einem Zweckbündnis zusammengeschlossen. Die um Ajatollah Ruhollah Chomeini versammelte schiitisch-politische Geistlichkeit konnte letztlich dieses Bündnis dominieren, den Shah vertreiben und **1979** die **„Islamische Republik Iran“** ausrufen, die sich offen auf Chomeinis „Statthalterschaft der Rechtsgelehrten“ begründet. Daraufhin wurden politische Parteien und Gewerkschaften verboten und die vormaligen Verbündeten bekämpft, um den Charakter der „Islamischen Revolution“ nicht zu gefährden. Allein im Jahr 1988 wurden mehrere tausend linke Oppositionelle in

Schnellverfahren zum Tode verurteilt und hingerichtet. Frauen müssen seither einer rigorosen **Kleiderordnung** folgen, wobei ein Verstoß Haft und Ermordung nach sich ziehen können. Vor Gericht zählt etwa die Stimme einer Frau die Hälfte von der eines

Mannes; zahlreiche weitere systematische Benachteiligungen sorgen dafür, dass das iranische Regime im Global Gender Gap Report von 2025 auf Platz 145 aller 148 untersuchten Länder gelistet wurde. Queere Menschen werden im Iran verfolgt, auf homosexuelle Handlungen steht aktuell die **Todesstrafe**, die seit dem Bestehen des iranischen Regimes in Kraft ist und der mehrere tausend vermeintliche oder reale Homosexuelle zum Opfer gefallen sind.

Nach außen hin betreibt das iranische Regime einen **Export** der „Islamischen Revolution“, die Chomeini zufolge im Iran erst ihren Anfang genommen habe und letztlich global verwirklicht werden solle. Hierzu wurde neben der regulären iranischen Armee eine global agierende Schattenarmee eingerichtet, die „Islamischen Revolutionsgarden“ (IRGC), die sowohl für die Koordinierung iran-treuer Milizen im Nahen Osten als auch für Angriffe auf der gesamten Welt zuständig sind. Ihre **Bombenanschläge** und gezielten **Ermordungen** haben hunderte Jüd:innen und iranische Oppositionelle getötet.

Damit einher geht eine auf Vernichtung zielende **Feindschaft gegenüber Israel**. In Verlautbarungen des Obersten Führers Ali Chamenei wird Israel als „Krebstumor“ in der Region bezeichnet, der herausgeschnitten werden solle. Seit Bestehen des iranischen Regimes begehen dessen Führer und Verbündete weltweit den jährlichen „**Al-Quds Tag**“. Er dient der „Befreiung“ Jerusalems und der Zerstörung Israels.

In Berlin fand in den Jahren 1996 bis 2020 jährlich ein solcher „Al Quds“-Marsch statt. Zivilgesellschaftliche Aufmerksamkeit und Protest haben jedoch dafür gesorgt, dass die Veranstalter:innen von weiteren Demonstrationen absahen. Seitdem hat sich der Aufmarsch nach Frankfurt am Main verlagert.



Logo IZH

Die wichtigsten Akteur:innen des schiitischen Islamismus in Deutschland organisieren sich im einzigen schiitischen Dachverband, der „**Islamischen Gemeinschaft der schiitischen Gemeinden in Deutschland e.V.**“ (IGS). Dieser wurde auf Initiative des „**Islamischen Zentrums Hamburg**“ (IZH) gegründet, das als zentrale Schaltstelle des iranischen Regimes in Europa galt. Innerhalb der IGS haben sich besonders diejenigen schiitischen Gemeinden organisiert, die hinter Chomeinis Konzept der „Statthalterschaft der Rechtsgelehrten“ und den Ideen der „Islamischen Revolution“ stehen. Nachdem das IZH und einige ihrer Teilorganisationen 2024 verboten wurden, hat die IGS zumindest in der Außenwirkung ihre Arbeit eingestellt. Getroffen hat das Verbot auch das

„**Islamische Zentrum Berlin e.V.**“. Neben der offiziellen Botschaft betreibt das iranische Regime in Berlin das „Iran-Haus Berlin“ und verschiedene kleinere deutsch-iranische Freundschaftsvereine, die sich für starke Beziehungen nach Teheran einsetzen.

# HISBOLLAH – DIE „PARTEI GOTTES“



Logo Hisbollah



Logo Islamisches Zentrum Imam Riza Berlin



Logo Al-Irschad e.V.



Fahne Libanon

Ein Hauptakteur in der vom Iran geführten „Achse des Widerstands“ ist die schiitische Miliz und Partei Hisbollah („Partei Gottes“) im Libanon. Sie entstand **1982** im Zuge des Libanonkriegs auf Betreiben des iranischen Regimes und mit der anfänglichen Hilfe der iranischen Revolutionsgarden.

In ihrem Gründungspapier schwört die **Hisbollah** einerseits Chomeini und den Prinzipien der „Islamischen Revolution“ die Treue. Andererseits gelte es Jerusalem zu erobern, Israel zu zerstören und die „Wurzel des Bösen“ – gemeint sind die USA – herauszureißen.

Seitdem führt die schiitische Miliz in enger Abstimmung mit dem iranischen Regime **Krieg gegen Israel** und begeht weltweit Terroranschläge gegen US-amerikanische und jüdische Ziele.

In Deutschland ist die Hisbollah seit 2020 mit einem **Betätigungsverbot** belegt. Die Schließung des „Islamischen Zentrums Hamburg“ wurde maßgeblich auch mit dessen Unterstützung der Hisbollah begründet. In Berlin werden die beiden Moscheevereine „Islamisches Zentrum Imam Riza Berlin“ und „Al-Irschad e.V.“ dem Umfeld der Hisbollah zugerechnet.

Wie das iranische Regime selbst hat sich die Sympathie für die libanesische Hisbollah besonders im Zuge des aktuellen Gazakriegs über die Netzwerke schiitischer Islamist:innen hinaus steigern können. Auf Demonstrationen in Deutschland sind wegen des Verbots keine Hisbollah-Fahnen mehr zu sehen, doch verwenden manche Kreise die libanesische Staatsflagge als Alternativsymbol.

## UMGANG MIT ISLAMISMUS UND KONFRONTATIVER RELIGIONSBEKUNDUNG

Dieser Arbeitsbogen dient der kollegialen Verständigung in der pädagogischen Praxis. Wandeln Sie die Liste der Verhaltensmuster nach Bedarf (Spalte 2) ab. Im Team und auf Konferenzen kann der Bogen der Sensibilisierung und dem Erfahrungsaustausch dienen (Spalte 3). Ihre Einrichtung kann sich ein Bild davon machen, wie aktiv und wirksam sie sich mit beunruhigenden Verhaltensformen und Strukturen auseinandersetzt und wie grundrechtsklar sie handelt (Spalte 4). Sie kann sich ihrer Verantwortung bewusst werden, Expertise zu besorgen und zuständige Stellen einzuschalten, wo Strafrecht und Schulrecht tangiert sind (Spalte 5).

Nr.	In meiner Jugendgruppe/ Lerngruppe kommt es vor, dass...	Ich reagiere darauf, indem ich...	Meine Einrichtung sorgt dafür, dass...	Wir melden die Vorkommnisse... und holen uns externen Rat bei
1	Mitglieder sich nach Religionszugehörigkeit bewerten			
2	religiöse Vorbehalte gegen Regeln des gemeinsamen Lernens und Lebens erhoben werden			
3	Geschlechter religiös diskriminiert werden			
4	andere Religionen oder Menschen ohne Religion herabgewürdigt werden			
5	Sonderrechte für Angehörige einer Religion gefordert werden			

6	Mitglieder unter Druck gesetzt werden, sich religiös zu kleiden			
7	Mitglieder einem religiös gefärbten Mobbing ausgesetzt sind			
8	Mitglieder einem religiösen Kollektivzwang unterworfen werden			
9	Menschenrechte und Demokratie in Frage gestellt werden			
10	für extremistische Positionen Partei ergriffen wird			
11	für den Beitritt zu extremistischen Gruppen geworben wird			



DEVI e. V.

Verein für Demokratie und Vielfalt in Schule und beruflicher Bildung

Ramlerstr. 27

13355 Berlin

E-Mail: kontakt@devi.berlin

Tel: (030) 53048557. Fax: (030) 55476721

# IMPRESSUM

## Herausgeber:

**DEVI e. V.**  
**Verein für Demokratie und Vielfalt in Schule und beruflicher Bildung**  
**Ramlerstraße 27**  
**13355 Berlin**  
**Telefon: 030 53 04 85 57**  
**Mail: kontakt@devi.berlin**

**Textbearbeitung:** Martin Brandt  
**Redaktion:** Martin Brandt, Michael Hammerbacher, Kamila Kokoschka  
**Grafik / Layout:** part I [www.part.berlin](http://www.part.berlin) und Christiane Bischoff, [www.fraubischoff.de](http://www.fraubischoff.de)

**V.i.S.d.P.:** Michael Hammerbacher

1. Auflage 2026, 1.000 Stück

Alle Rechte vorbehalten. [www.demokratieundvielfalt.de](http://www.demokratieundvielfalt.de)

Die Veröffentlichung gehört zum Projekt „Beratungs- und Fortbildungstelle für weltanschauliche und religiöse Vielfalt (BeFo)“. Gefördert durch die Berliner Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie (SENBJF). Die Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung des SENBJF dar.

Rechtlicher Hinweis / Disclaimer: Die Publikation dient nur zu Bildungs- und Informationszwecken und nicht der Beratung im Falle eines individuellen rechtlichen Anliegens; sie ersetzt darüber hinaus keine juristische Beratung. Die Informationen wurden nach bestem Wissen und Gewissen recherchiert und formuliert. Wir geben allerdings keine Gewähr auf die Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität der Inhalte schon allein aus dem Grund, weil sich rechtliche Grundlagen und Vorschriften jederzeit ändern können. Jede Berufung auf irgendeine der bereitgestellten Informationen erfolgt auf eigene Verantwortung der Nutzer:innen. Eine Haftung von Autor:innen, Herausgebenden und Verlagen im Zusammenhang mit jeglicher Nutzung dieser Publikation, insbesondere für Personen-, Sach- und Vermögensschäden, die durch den Gebrauch dieser Informationen entstehen, ist ausgeschlossen.

Bildnachweise: Bundesanzeiger, Wikimedia, Screenshots Internet

Gefördert durch:



Beratungs- und Fortbildungsstelle für weltanschauliche und religiöse Vielfalt (BeFo)  
[www.demokratieundvielfalt.de](http://www.demokratieundvielfalt.de)